

Die Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Der Teltow“ hat auf ihrer Sitzung am die folgende

**6. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes
„Der Teltow“ vom 09.06.2004
(6. ÄndS-VerbS)**

beschlossen:

1. § 1 Absatz (1) wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Die Gemeinde Kleinmachnow, die Gemeinde Stahnsdorf, die Gemeinde Nuthetal mit dem Ortsteil Nudow und die Stadt Teltow als Verbandsmitglieder bilden nach den §§ 2 und 10 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GkG) vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14 S. 2) einen Zweckverband.“

2. In § 3 Absatz 3 wird anstelle des Wortes „Abwassers“ das Wort „Schmutzwassers“ eingefügt.

3. § 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Organe des Zweckverbandes sind

- die Verbandsversammlung,
- der Verbandsvorsteher (Verbandsleitung),
- der Verbandsausschuss.“

4. § 5 Absatz 1, 2, 3 und 4 werden wie folgt neu gefasst:

„(1) Die Verbandsversammlung setzt sich aus den Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsmitglieder (Vertretungspersonen) zusammen.

Jedes Verbandsmitglied entsendet in die Verbandsversammlung mindestens eine Vertretungsperson sowie weitere Vertretungspersonen nach Maßgabe des Absatzes 2.

Die Verbandsmitglieder werden in der Verbandsversammlung durch ihre Hauptverwaltungsbeamtin oder ihren Hauptverwaltungsbeamten vertreten.

Weitere Vertretungspersonen der Verbandsmitglieder und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden gemäß den §§ 40, 41 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg von der Vertretungskörperschaft des Mitglieds für die Dauer ihrer Wahlperiode gewählt. Sie üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Vertretungspersonen weiter aus. Wählbar sind die Mitglieder der Vertretungskörperschaft und die Bediensteten des Verbandsmitglieds.

Die Vertretungsperson eines Verbandsmitgliedes scheidet aus der Verbandsversammlung aus, wenn die Voraussetzungen ihrer Wahl oder Entsendung wegfallen.

(2) Die Zahl der von jedem Verbandsmitglied in die Verbandsversammlung zu entsendenden weiteren Vertretungspersonen richtet sich nach der Einwohnerzahl des jeweiligen Verbandsmitgliedes, und zwar dergestalt, dass von jedem Verbandsmitglied je angefangene 5.000 Einwohner eine weitere Vertretungsperson zu entsenden ist.

Maßgebende Einwohnerzahl ist die letzte vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg veröffentlichte fortgeschriebene Einwohnerzahl des Verbandsmitgliedes per 30. Juni des Jahres, welches der Wahl der Vertreter vorangeht.

Für jede Vertretungsperson ist ein Stellvertreter zu bestimmen.

- (3) Jede in die Verbandsversammlung entsandte Vertretungsperson eines Verbandsmitgliedes hat eine Stimme.
- (4) Aufgrund der gemäß Absatz 1 und 2 ermittelten satzungsmäßigen Zahl der Vertretungspersonen der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung ergibt sich die satzungsmäßige Stimmenzahl für die Abstimmung in Angelegenheiten des Zweckverbandes wie folgt:

<i>Verbandsmitglied</i>	<i>Stimmenzahl</i>
Gemeinde Kleinmachnow	6
Gemeinde Nuthetal (OT Nudow)	2
Gemeinde Stahnsdorf	<u>5</u>
Stadt Teltow	<u>7</u>

5. Nach § 5 Absatz 5 wird Absatz 6 eingefügt:

„(6) Die Verbandsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.“

6. In § 6 Absatz 1 wird „Verbandsvorstand“ ersetzt durch „Verbandsausschuss“.

7. In § 6 Absatz 2 werden Nr. 2, 3, 8, 21 und 22 wie folgt neu gefasst:

- „2. die Wahl und die Abwahl der Verbandsleitung und ihres Stellvertreters,
- 3. die Wahl der Mitglieder des Verbandsausschusses und ihrer Stellvertreter,
- 8. die Entgegennahme des geprüften Jahresabschlusses und die Entlastung der Verbandsleitung,
- 21. die Beschlussfassung über die Bildung des Verbandsausschusses und dessen Aufgaben,
- 22. die Bestellung des Vertreters der Verbandsversammlung in Rechtsstreitigkeiten mit der Verbandsleitung oder dem Verbandsausschuss,“

8. In § 6 Absatz 3 werden die Worte „den Verbandsvorsteher“ ersetzt durch „die Verbandsleitung“.

9. § 7 Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Die Verbandsversammlung wird von ihrem Vorsitzenden schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Die Ladungsfrist beträgt acht Tage. Bei der Frist werden Absendetag und Sitzungstag nicht berücksichtigt. Die Ladungsfrist gilt als gewahrt, wenn die Einladungsschreiben spätestens am 10. Tag vor dem Sitzungstag zur Post gegeben werden. Die Geschäftsordnung kann für Eilfälle eine kürzere Ladungsfrist vorsehen, auf die Abkürzung ist in der Ladung hinzuweisen. Die Dringlichkeit ist zu begründen.“

10. § 8 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Die Verbandsversammlung ist nur beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Anzahl der Vertretungspersonen anwesend ist.“

Die Verbandsversammlung gilt als beschlussfähig, solange die Beschlussunfähigkeit nicht auf Antrag einer Vertretungsperson durch den Vorsitzenden festgestellt wird. Der Vorsitzende hat die Beschlussunfähigkeit auch ohne Antrag festzustellen, wenn weniger als ein Drittel der satzungsmäßigen Anzahl der Vertretungspersonen in der Verbandsversammlung oder weniger als drei Vertretungspersonen anwesend sind. Dies gilt auch für den Fall einer erneuten Einberufung nach § 38 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.“

11. § 8 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

- „(2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden und wird die Verbandsversammlung zur Verhandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Anzahl der Anwesenden beschlussfähig. In der Ladung zu dieser Sitzung muss auf diese Rechtsfolge ausdrücklich hingewiesen werden.“

12. § 8 Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

- „(3) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Jede Vertretungsperson kann im Einzelfall einen Antrag auf Feststellung der Voraussetzungen des Satzes 2 stellen. Über den Antrag ist in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten und zu entscheiden. Der Antrag ist angenommen, wenn die Mehrheit der anwesenden Vertretungspersonen zustimmt.“

13. § 9 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

- „(1) Beschlüsse werden, soweit durch ein Gesetz oder diese Verbandsatzung nichts anderes bestimmt ist, mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen gefasst.

Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Schreibt ein Gesetz oder die Verbandssatzung Einstimmigkeit bei der Beschlussfassung vor, so ist der Beschluss ohne Gegenstimme zu fassen.“

14. In § 9 Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „der Verbandsvorsteher mit einem Mitglied der Verbandsversammlung“ ersetzt durch „die Verbandsleitung mit einer Vertretungsperson“. In § 9 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Verbandsversammlung“ nach dem Satzanfang „Die“ eingefügt.

15. § 9 Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

- „(3) Einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmen bedürfen Beschlüsse über Änderungen der Regelungen der Verbandssatzung über
1. die Verbandsaufgaben,
 2. die Verbandsmitglieder,
 3. die Zahl ihrer Stimmen in der Verbandssatzung,
 4. den Maßstab, nach dem die Verbandsmitglieder nach § 29 GkG zur Deckung des Finanzbedarfs beizutragen sowie
 5. die Aufhebung der Verbandssatzung.“

16. Nach § 9 Absatz 3 wird Absatz 4 neu eingefügt:

- „(4) Die bei der Beschlussfassung anwesenden Vertretungspersonen eines Verbandsmitgliedes geben alle dem Verbandsmitglied nach der Verbandssatzung zustehenden Stimmen ab.

Die Stimmen eines Verbandsmitgliedes sind einheitlich abzugeben; eine uneinheitliche Stimmabgabe ist ungültig.

Erfolgt ein Beschluss durch geheime Stimmabgabe oder zeigt die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte eines Verbandsmitgliedes der oder dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung an, dass den Vertretungspersonen des Verbandsmitgliedes eine Weisung nach § 19 Absatz 7 Satz 1 GkG erteilt wurde, so gibt eine Stimmführerin oder ein Stimmführer alle Stimmen des Verbandsmitgliedes einheitlich ab.

Hat die Gemeindevertretung des Verbandsmitgliedes keine Stimmführerin oder keinen Stimmführer bestimmt und einigen sich die anwesenden Vertretungspersonen des Verbandsmitgliedes vor der Stimmabgabe nicht auf eine Stimmführerin oder einen Stimmführer, ist die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte des Verbandsmitglieds Stimmführerin oder Stimmführer.“

17. Aus § 9 Absatz 4 wird Absatz 5.

18. Nach § 10 Absatz 2 wird Absatz 3 neu eingefügt:

„(3) § 9 (4) dieser Satzung gilt für die Stimmabgabe bei Wahlen entsprechend.“

19. § 11 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Niederschrift muss mindestens die Zeit und den Ort der Sitzung, die Namen der Teilnehmer, die Tagesordnung, den Wortlaut der Anträge und Beschlüsse sowie die Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen enthalten.“

20. § 12 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 12 **Verbandsausschuss**

(1) Der Verbandsausschuss hat fünf Mitglieder.

Er setzt sich zusammen aus der Verbandsleitung als stimmberechtigtem Vorsitzenden kraft Amtes und jeweils einer von der Verbandsversammlung gewählten Vertretungsperson eines jeden Verbandsmitgliedes aus der Verbandsversammlung.

Als Vertretungsperson eines Verbandsmitgliedes im Verbandsausschuss und als deren Stellvertreter kann nur gewählt werden, wer im Gebiet des Verbandsmitgliedes seinen ständigen Wohnsitz hat.

(3) Den Vorsitz im Verbandsausschuss führt die Verbandsleitung.

(4) Die Verbandsleitung lädt zu den Sitzungen des Verbandsausschusses ein. Die Sitzungen des Verbandsausschusses sind nicht öffentlich.

(5) Auf den Verbandsausschuss finden die §§ 7, 8 Absatz 1 und 2 sowie 9 entsprechende Anwendung.

(6) Der Verbandsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.“

21. § 13 wird umbenannt in „Aufgaben des Verbandsausschusses“

22. § 13 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Der Verbandsausschuss gibt zur Vorbereitung von Beschlüssen der Verbandsversammlung Empfehlungen ab.“

23. In § 13 Absatz 2 wird anstelle des Wortes „Verbandsvorstand“ das Wort „Verbandsausschuss“ eingefügt.

24. § 14 wird umbenannt in „Wahl, Stellung und Aufgaben der Verbandsleitung“

25. § 14 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Die Verbandsversammlung wählt eine Verbandsleitung sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter der Verbandsleitung.

Die Verbandsleitung ist ehrenamtlich tätig.

Die Wahl einer hauptamtlichen Verbandsleitung ist zulässig.“

26. In § 14 Absatz 2 Satz 1 wird anstelle „den Verbandsvorsteher und seinen“ eingefügt „die Verbandsleitung und ihren“.
In Satz 3 wird anstelle „Der Verbandsvorsteher und sein“ eingefügt „Die Verbandsleitung und ihr“.
27. In § 14 Absatz 3 Satz 1 wird anstelle „den Verbandsvorsteher“ eingefügt „die Verbandsleitung“.
In Satz 3 wird das Wort „Eingang“ ersetzt durch „Zugang“.
In Satz 4 wird anstelle „Dem Verbandsvorsteher“ eingefügt „Der Verbandsleitung“.
28. In § 14 Absatz 4 werden in Satz 1 die Worte „Dem Verbandsvorsteher“ durch „Der Verbandsleitung“ sowie in Satz 1 und 2 „Verbandsvorstand“ durch „Verbandsausschuss“ ersetzt.
29. § 14 Absatz 5 wird wie folgt neu gefasst:

„(5) Die Verbandsleitung oder ihr Stellvertreter vertreten den Verband.

In Rechts- und Verwaltungsgeschäften führt die Verbandsleitung die Bezeichnung „Verbandsvorsteherin“ oder „Verbandsvorsteher“.“
30. In § 14 Absatz 6 werden anstelle „Der Verbandsvorsteher“ und „des Verbandsvorstehers“ eingefügt „Die Verbandsleitung“ und „der Verbandsleitung“.
31. In § 14 Absatz 7 wird anstelle „Der Verbandsvorsteher“ eingefügt „Die Verbandsleitung“.
32. § 14 Absatz 8 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Sie sind von der Verbandsleitung oder ihrem Stellvertreter und vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung oder seinem Stellvertreter oder einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Bediensteten des Zweckverbandes oder einer von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Vertretungsperson zu unterzeichnen.“
33. In § 15 Absatz 1 Satz 1 und 2 werden die Worte „Mitglieder der Verbandsversammlung“ ersetzt durch „Vertretungspersonen der Verbandsmitglieder“.
34. § 15 Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Eine ehrenamtliche Verbandsleitung und ihr Stellvertreter erhalten eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe einer Entschädigungssatzung.

Eine hauptamtliche Verbandsleitung erhält eine Vergütung.

Über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Verbandsleitung und ihres Stellvertreters sowie die Vergütung einer hauptamtlichen Verbandsleitung beschließt die Verbandsversammlung.“
35. In § 17 Absatz 2 wird Satz 2 wie folgt neu gefasst:

„Maßstab für die Bemessung der Verbandsumlage ist das Verhältnis der Einwohnerzahl des einzelnen Verbandsmitgliedes zur Gesamteinwohnerzahl des Verbandsgebietes.“
36. In § 17 Absatz 2 wird anstelle von Satz 4 eingefügt:

„Die Gesamthöhe der Verbandsumlage und der von den einzelnen Verbandsmitgliedern zu tragende Anteil ist im Wirtschaftsplan für jedes Haushaltsjahr getrennt nach der Verbandsumlage für Trinkwasserversorgung und der Verbandsumlage für Schmutzwasserentsorgung neu festzulegen.

Die Umlage wird mit jeweils einem Viertel des Gesamtbetrages am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November des Haushaltsjahres fällig.“

Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung des Wirtschaftsplans erst nach Ablauf eines der in Satz 5 geregelten Fälligkeitstermine, so ist die Umlageteilschuld für den abgelaufenen Fälligkeitstermin innerhalb eines Monats nach der öffentlichen Bekanntmachung zu entrichten.

Der Zweckverband kann die von den einzelnen Verbandsmitgliedern zu tragende Umlage durch Bescheid festsetzen und dabei abweichende Fälligkeiten bestimmen.

Der Zweckverband hat zur Deckung seines liquiditätswirksamen Finanzbedarfes Vorauszahlungen bis zur Höhe der nach Satz 4 voraussichtlich erforderlichen Umlagen zu erheben, wenn die Haushaltssatzung oder die Nachtragssatzung nicht mehr rechtzeitig erlassen werden kann und soweit die Aufnahme eines Kassenkredites unzulässig, unmöglich oder für den Zweckverband unwirtschaftlich ist. Die Vorauszahlungen sind mit der endgültigen Umlage zu verrechnen.“

37. § 17 Absatz 5 wird ersatzlos gestrichen. Aus Absatz 6 wird Absatz 5.

38. An § 19 Absatz 2 Satz 2 wird angefügt:

„(Ersatzbekanntmachung)“.

Die Ersatzbekanntmachung ist nur zulässig, wenn der Inhalt dieser Teile zugleich in der Satzung in groben Zügen umschrieben wird.

Auf die Ersatzbekanntmachung ist unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung in der öffentlichen Bekanntmachung nach Satz 1 hinzuweisen.“

39. In § 19 Absatz 3 wird am Ende eingefügt:

„Zusätzlich werden Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Verbandsversammlung auf der Internetseite des Verbandes veröffentlicht.“

40. In § 19 Absatz 4 wird in Satz 1 am Ende eingefügt:

„und sind grundsätzlich auch auf der Internetseite des Verbandes zu veröffentlichen“.

41. Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Potsdam-Mittelmark in Kraft.

Kleinmachnow,

Michael Grubert
Verbandsvorsteher